

Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Monegel zum Haushalt 2012 in der Ratssitzung am 15.12.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Jörder, Herr Bürgermeister Sauer, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,

ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen: Bei den von Herrn Rettstadt mir überlassenen zehn Minuten seiner Redezeit und auch bei den sechs Minuten von Ernst Prüsse: Da handelt es sich um eine absolut legale Parteispende. Das ist geprüft!

Herr Prüsse hat es schon gesagt: Vier Haushalte in nur 26 Monaten. Das hat schon etwas Rekordverdächtiges. Es gab ja schon Zeiten, Zeiten von Doppelhaushalten, da kam man in 24 Monaten mit nur einem Beschluss aus. Oder besser: Man meinte, damit auskommen zu können!

Dass dies nicht zutreffen konnte, das wissen wir heute. Gerade heute wissen wir das, wo sich einige von uns aus bekannten Gründen auf den Weg gemacht haben. Auf den Weg nach Münster, zum OVG. Der unvermittelte und unvermutete „Haushalts-Crash“, in der Ära Langemeyer und von Frau Dr. Uthemann produziert nach wie vor „Altlasten“ und „Kollateralschäden“, die auch aus der Zeit der glorreichen rot-grünen Koalition stammen, die im September/Oktober 2009 dann so ein jähes Ende fand.

Zur Erinnerung, und ich sage es immer wieder gerne: Der Haushalt 2009 war bei Einbringung gestartet mit einem prognostizierten Defizit von 28,9 Millionen Euro. Die erforderliche Nachtragsatzung nach all den Geschehnissen zeigte schon ca. 156 Millionen €. Und der Jahresabschluss landete dann bei 139 Millionen €.

Dies, lieber Herr Krüger, liebe Fraktion der Bündnis 90/Grünen, sollten Sie bei Ihrer gleich sicher folgenden kritischen Anmerkung zu der prognostischen Qualität dieses Haushaltsplans bitte nicht unterschlagen. Ein „Haushalt der Gemeinsamkeit“, wie ihn sich der Kämmerer, Herr Stüdemann bei der Einbringungsrede Ende September gewünscht hatte, das wird auch dieser Etat 2012 nicht werden. Wieder einmal - leider - nicht werden können.

Einmal mehr ziehen sich die kleineren Fraktionen des Rates auf die „Tribüne“ zurück und überlassen es zum wiederholten Male den großen Fraktionen, einen Haushalt auf den Weg nach Arnberg zu bringen, der einigermaßen Gewähr dafür bietet, auch im kommenden Jahr, anders als ganz viele andere Kommunen in NRW, autonom und selbstbestimmt agieren zu können.

Beim Personal, beim Ressourceneinsatz allgemein, beim wichtigen Investitionsgeschehen in unserer Stadt, bei den freiwilligen Leistungen, die ja ganz wesentlich die Gestaltungsmöglichkeiten des Rates in Bezug auf Lebensgefühl, Lebensanspruch, sozialem Klima und nicht zuletzt eben auch die kulturelle Ausstrahlung unserer Stadt im Wesentlichen ausmachen.

Uns ist das sehr wichtig. Und was, möchte ich Sie fragen, wäre für unsere Stadt und unsere Bürger gewonnen, wir gingen heute Abend auseinander und wir hätten keinen beschlossenen Haushalt? Auf Ihre Antworten sind wir gespannt!

Die Konditionen, unsere Rahmenbedingungen, werden absehbar nicht besser. Nicht die sogenannten „Ratings“, das ist ja mittlerweile ein eingeführter Begriff, leider! Somit nicht die Zins- und Kreditkonditionen der Kommunen, nicht die konjunkturellen Aussichten, mithin auch nicht die Einnahmeerwartungen in Bezug auf Gewerbe- und Einkommenssteuer. Die Teuerungsrate sicher auch nicht.

Und bis März zumindest sind für uns die Rahmenbedingungen, die Rahmendaten des Landes unklar. Insgesamt also massive Risiken, die wir nicht unterschlagen wollen für die Haushaltsführung und -abwicklung im kommenden Jahr. Aber: Sollte uns das jetzt dazu bewegen, verzagt und kleinmütig diesen Haushalt zu blockieren?

Die Schlagzeilen morgen könnten wir uns vorstellen: „Parteiengezänk blockiert Etatverabschiedung“, würden die einen sagen oder titeln. Die anderen werden hingegen fragen: Was bringt eigentlich die CDU dazu, den Sozialdemokraten und ihrem Oberbürgermeister einmal mehr „aufs Pferd“ zu helfen?

Um denen mit dem Etat 2012 den nächsten Wahlsieg - hier hab ich (noch immer) „2014“ stehen - vorzubereiten? Also: Ein paar Korrekturen kann ich noch anbringen. Wir haben uns als CDU sehr intensiv und in mehreren Tagungen mit der Haushaltssituation der Stadt auseinandergesetzt und: Wir haben unsere Bedingungen formuliert.

Die sind und werden weitestgehend akzeptiert. Sie sind zumindest heute mehrheitsfähig. Und darum und aus diesem Grunde stimmen wir dem Etatentwurf 2012 zu.

Es gibt keine Erhöhung der Gewerbesteuer in Dortmund! Ein ganz wichtiger Standortfaktor, auch mit Blick auf das aktuelle „Städte-Rating“. Dies Thema will ich hier jetzt gar nicht überstrapazieren. Das darf man sicher nicht überbewerten. Es muss sich damit auch gar nicht so verhalten, wie es da so steht. Nur zeigt es ganz deutlich: Wir haben in Dortmund ein leider anhaltendes Imageproblem, über die Grenzen unserer Stadt hinaus. Das mag man bedauern. Man mag auch sagen, das ist nicht gerechtfertigt. Wir müssen dennoch damit umgehen. Und da können wir nicht mit Standortfaktoren, die wesentlich sein können für wirtschaftliche Ansiedlungen und andere Aspekte der Ausstrahlungskraft unserer Stadt, fahrlässig umgehen. Wir tun das jetzt auch ganz bewusst nicht. Aber: Es ist auch wichtig, dass wir daran festhalten und dazu auch dauerhaft stehen!

Wir haben eine nur maßvolle, vertretbare Erhöhung der Grundsteuer B vorgesehen. Und wenn wir betrachten, wie die aktuellen Rechnungen der Kämmerei aussehen, liegen wir absehbar in den nächsten Jahren trotz weiteren Substanzverzehr „über dem Strich“. Es war also richtig, wie wir das gemacht haben. Und: Mit unserem Begleitbeschluss - und da schau ich mal zu Herrn Lürwer - den Mehrertrag 2013 aus der maßvoll angehobenen Grundsteuer B zusätzlich zu investieren in die Erhaltung unseres Straßennetzes, sorgen wir dafür, dass Hausbesitzer und Mieter künftig hoffentlich ohne Achsenbruch ihre Grundstücke, Häuser und Wohnanlagen erreichen können. Und vor allem angesichts des ja nicht erfreulichen Straßenzustandskatasters wollen und werden wir vermeiden, dass die Bürger dann künftig doppelt abkassiert werden.

Erstens: Durch eine erhöhte Grundsteuer. Zweitens: Sofern die Straße ganz hinüber ist und eine Grundsanierung erfolgen muss. Dass sie dann doppelt bezahlen müssen, nämlich über das Kommunalabgabengesetz mit bis zu 90 Prozent der anfallenden Kosten, das wollen wir als CDU ausdrücklich nicht. Wir meinen: Vor weiterem Abkassieren der Bürger müssen wir zunächst einige Leistungen für die Bürger spürbar verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ganz wichtig und richtig, dass wir angesichts der Unwägbarkeiten der Zukunft unserer städtischen Finanzen jetzt bei den Steuern nicht „alle Kugeln in ein Rohr“ schieben. Diese Spiel- und Gestaltungsräume werden wir in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach noch brauchen können. Und: Vielleicht noch bitter nötig haben. Und dann müssen wir darüber und dann werden wir darüber noch einmal reden.

Die Konsolidierung unserer Finanzen, das ist die feste Überzeugung der CDU-Fraktion, die wird auf absehbarer Zeit nicht auf der Ertragsseite, sie muss vorrangig und energisch auf der Aufwandseite erfolgen und voran gebracht werden. Und das ist bislang trotz mittlerweile hunderter kleiner und großer Sparbeschlüsse noch nicht in ausreichendem Maße erfolgt.

Trotz gegenteiliger Behauptungen: Das sehen ganz offenbar nicht alle hier im Saal so! Es ist aber der Grund dafür, dass es den von dem Kämmerer gewünschten „Haushalt der Gemeinsamkeit“ auch in diesem Jahr nichts wird.

Nun gut, das akzeptieren wir, Grüne, FDP/BL und natürlich die Linken stehen also, ich will's mal so sagen, neben dem Zug Richtung Arnsberger Wald. Mit ein paar Anträgen, von denen bei den Grünen eine große Zahl die Zustimmung gefunden hat, bei der FDP ebenfalls. Sie stehen dennoch neben dem Zug mit ihren Anträgen und, Herr Rettstadt, mit nur einer „Bahnsteigkarte“. Den Zug schiebt gerade einmal mehr die CDU an. Dieser Verwaltung, in der zumindest die Grünen zwei Dezernenten stellen, wollen Grüne und FDP kein Budget geben. Und so wird es wohl kommen wie bislang in den letzten Haushaltsberatungen auch: Sobald das „grüne Licht“ aus Arnsberg kommt, springen Sie dann nach einer gewissen Schamfrist auf, auf den fahrenden Zug mit Ihrer „Bahnsteigkarte“ und wollen innerhalb dieses Budgets dann aber gestalten. Und dann ein ganzes Jahr lang damit Politik machen.

Lieber Herr Rettstadt, aber insbesondere lieber Herr Krüger - Sie besonders kennen sich ja aus mit dem ÖPNV und speziell mit den „Sozialtickets“. Meinen Sie nicht auch, wenn die Union in diesem Rat einmal mehr den Zug nach Arnsberg anschiebt, Grüne, Rote und Gelbe danach in voller Fahrt aufspringen - hat das dann nicht ein bisschen was von „Mitfahrzentrale“ oder vielleicht noch besser: von „Schwarzfahren“? Ich denke schon.

Lieber Ernst Prüsse, liebe Sozialdemokraten, auch Sie haben sich in Ihrer Rolle wunderbar eingerichtet, in einer Rollenverteilung die heißt: Immer zum Jahresende, also am 05./06. Dezember, wenn wir uns zusammensetzen um den Haushalt zu beraten, dann setzen wir uns das „rote Mützchen“ auf und die CDU - die wollen ja immer sparen - die „geben“ dann den Knecht Ruprecht. Das steht denen ganz gut. Ganz sicher ist: Diese Nummer läuft in diesem Jahr zum letzten Mal!

Liebe Sozialdemokraten, bis jetzt können wir mit dieser Rollenverteilung gut leben, nachher kommt die Begründung warum. Nur eines ist klar: Ihre Anträge haben sämtlich die Sozial- und Jugendpolitiker geschrieben, kein anderer hat sich wahrscheinlich so um den Etat gekümmert. Alle anderen hatten wahrscheinlich keine Zeit, mussten ja in Huckarde und Eving ständig demonstrieren - akzeptiert. Ist ja nicht verwerflich.

Eines möchte ich aber doch sagen: Einen solchen, sagen wir es mal „ganz lieb“ und vorsichtig, einen solch wenig engagierten und wenig ambitionierten Haushaltsantrag zu einem städtischen Etat in dieser Schieflage - das sollten Sie jetzt doch besser nicht zum Dauerprogramm machen. Jedenfalls, bitte nicht im nächsten Jahr, da haben wir noch einige schwierige Klippen zu umschiffen. Dazu sind die Zeiten leider einfach zu ernst, lieber Ernst !

Bei allem Respekt: Diese Begriffe von „Euro-, Finanz- und Wirtschaftskrise“, sie greifen ja im Kern nicht. Alle Menschen in Dortmund, vielfach gerade auch Ihre Wähler, vielleicht sogar ganz besonders auch Ihre Wähler, die sich Sorgen machen um ihre Spar- und Notgroschen aus der Spardose: Die haben es längst begriffen: Es handelt sich einzig und alleine um eine massive Schuldenkrise in Europa, in der Bundesrepublik, in den Ländern, im Land Nordrhein-Westfalen. Auch in Dortmund müssen wir uns Sorgen machen. Mit weit über 2 Milliarden Euro Schulden im Kernhaushalt der Stadt verzehren wir weiter auch absehbar unsere Eigenkapitaldecke. Und wir zahlen rund 70 Millionen Euro Zinsen, vielleicht sind es ein bisschen weniger, vielleicht sind es ein bisschen mehr. Mit über 4 Milliarden Euro Schulden im Rahmen der erstmals präsentierten konsolidierten Gesamtbilanz des Stadtkonzerns Dortmund! Da kann man schlicht nicht mehr so weiter wursteln wie früher.

Bemerkens- und erwähnenswert: Diese Erkenntnis ist auch längst in der Sozialdemokratie angekommen. Der Beleg: Da gab es vor einigen Tagen ein interessantes Interview mit dem Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig - demnächst immerhin Spitzenkandidat zum Amt des Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, im Deutschlandfunk. Die Quelle habe ich dabei. Kann ich Interessierten gleich gern weiterreichen. Befragt zu seiner Forderung einer nachhaltigen Finanzpolitik und seinem Verständnis davon und der Kritik insbesondere am Bankensystem sagte er Folgendes:

Zitat: „Ich habe Verständnis, viel Verständnis für die Kritik, aber es reduziert die Problematik doch sehr auf einige Investmentbanker. Dahinter steckt schon eine genauso gierige Gesellschaft. Wenn Sie jetzt alle Investmentbanker austauschen und setzen da lauter Pastoren rein, das wird es nicht sein. Sondern das muss dann ein bisschen mehr sein. Wir brauchen ein funktionierendes Finanzsystem und wir brauchen mehr Ehrlichkeit in der Gesellschaft über das, was wir eigentlich miteinander wollen. Die große Herausforderung der nächsten Jahre wird sein, den Menschen begreifbar zu machen, dass wir nach gefühlten tausend Jahren des „Mehr“ in eine Phase eintreten, wo das „Weniger“ zum Thema gemacht wird.“ Das sagt also ein nicht unbedeutender Sozialdemokrat, Oberbürgermeister einer Großstadt, immerhin. Und was heißt das auf Dortmund bezogen?

Am 24.11. hatten wir hier im Rat das Paradebeispiel, kein gutes, für eine im Kern immer noch strukturkonservative Mentalität in unserer Stadt. Das Thema „Stadtbezirksreform“. Alle, wirklich alle sind sich im Grundsatz einig: Wenn wir konsolidieren wollen, müssen wir unsere Strukturen, unsere Angebote, unsere Infrastruktur und unsere Standards anpassen. Arbeit aus dem System heraus bringen - uns schlicht gesagt kleiner setzen. Soweit ist Theorie. Und was passiert tatsächlich?

Unter dem Eindruck, dem Schock des Haushaltsloches nach der Kommunalwahl 2009 ?

Wir erinnern uns noch gut, Herr Oberbürgermeister: Es gab - dem Sparzwang geschuldet - noch nicht mal ein paar wellige Mortadella-Schnittchen mehr, auch wenn man hier acht Stunden rumgesessen hat. Das war alles nicht mehr drin! Da legte Ihre Verwaltung, Herr Sierau, unterzeichnet u. a. von Ihnen, dem Rat eine Vorlage auf den Tisch und das Thema war: Stadtbezirksstrukturen überprüfen und mögliche Reformen ausarbeiten.

Und genau das ist geschehen. Beschlossen mehrheitlich von diesem Rat, unter aktiver Mitwirkung – anfangs auch - der Sozialdemokraten. Und: So weit mir bekannt, haben Sie das mit beschlossen! In der dann eingesetzten Kommission fanden die Sozialdemokraten, das ist schon einmal gesagt worden, hingegen nicht statt. Sie haben vielmehr dabei gesessen wie die „UNO-Beobachter“. Aussitzen wollten sie das Thema! Und dann - nach dem demokratisch ausgehandelten Vorschlag der Kommission dann eine wochenlange energische und aufgeregte Kampagne ...

Legitim ohne Zweifel, aber auch Ausweis dessen, was es heißt, Beharrungskräfte und Bewahrer überkommener Strukturen sein zu wollen. Bewahrer von Strukturen, die nachweislich nicht einmal mehr gesetzmäßig sind! Und dann haben sie hier gestanden, die Herren Hudy und Adden - und bei allem Respekt, und ich sage das wirklich mit besonderem Respekt vor der Sozialdemokratie:

Sie haben hier gestrickt an der Legende vom „Untergangsszenario“ Ihrer Ortsteile. Sogar von „Angst der Menschen“ haben Sie gesprochen. „Angst“, weil eine Pass-Stelle entfällt? Gerade und ganz bewusst in dem Respekt und in der Wertschätzung der historischen Rolle der SPD, gerade in der Nazi-zeit, wo nämlich Sozialdemokraten tatsächlich Angst haben mussten, möchte ich eigentlich doch gern anraten, mit Attributen dieser Art, in so schnöden, aber notwendigen Verwaltungs-Reform - Angelegenheiten etwas sorgsamer umzugehen. Ihre Bewertung, die der Sozialdemokraten, die kann man respektieren. Teilen muss man sie hingegen nicht. Es gibt ja auch andere Kommentatoren, die gesagt haben, unter der Überschrift „einen guten Job gemacht“, ich zitiere mal ganz kurz:

„Dass sich der Rat in der Sitzung weder vor einer Entscheidung gedrückt hat, noch ist er der Versuchung erlegen, sich per verfügbarem Volksentscheid aus der Verantwortung zu stehlen...“ Und der Kommentar schließt - und das finde ich auch einmal ermutigend für uns alle in der Politik - zu sagen, dass was da geschehen ist. „Wer das begreift“, schreibt der Kommentator, „der hat alle Möglichkeiten, verloren gegangenes Vertrauen in die Politik und die Parteien insgesamt zurückzugewinnen“.

Sehr geehrter Herr Sierau, sehr geehrter Herr Stüdemann, solche Botschaften wie, „wir wollen 2014/2015 in die Entschuldung gehen“, Schuldenabbau möglich machen, das hören wir gern. Die Zielsetzungen sind richtig und sie sind richtig gut. Sie müssen aber auch durch politisches Handeln und energisches, zielgerichtetes Handeln der Verwaltung hinterlegt sein. Und damit müssen wir jetzt ab sofort energisch anfangen. Also: Wir müssen in Dortmund konsequenter werden beim Sparen, auch wenn es zeitweise unpopulär ist. Siehe Stadtbezirke.

Wir sind doch nicht so blind um nicht zu sehen, dass dies keine populären Beschlüsse sind vor Ort. Aber wir waren und sind der Überzeugung, wir müssten es dennoch tun, weil es sein muss. Und wir denken auch, dass diese „Stadtbezirksgeschichte“ - möglicherweise abhängig von unserer finanziellen Entwicklung - nicht das „Ende der Fahnenstange“ ist. Vielleicht müssen wir über weitere Strukturreformen auch in diesem Sektor nachdenken. Wir müssen, wo nötig, in die Strukturen eingreifen und wir müssen „alte Zöpfe“ abschneiden. Wir müssen effizienter und wir müssen wirtschaftlicher agieren. Unsere Überzeugung ist: Wir können eigentlich den Bürgerinnen und Bürgern Dortmunds nur dann höhere Gebühren, höhere Steuern und sonstige Lasten aufbürden, wenn wir glaubhaft darlegen und nachweisen können, dass die Leistungen, die wir erbringen, so wirtschaftlich wie möglich erbracht werden. Und das heißt nach unserem Verständnis nicht durch Aufgabe von sozialen Standards. Damit da gar keine Fehlinterpretationen entstehen. Aber wir meinen, da gibt es noch Potenzial. Und wir müssen dazu Konsequenz zeigen. Wir müssen vor allen Dingen auch schneller werden in unseren Prozessen. Derjenige, der uns mit Hilfe etlicher politischer Hilfstruppen u. a. das finanziell ja schwierige „Dortmunder U“ nunmehr beschert und „angesungen“ hat seinerzeit - von dem steckt einem ja noch der Spruch im Ohr: Das neue Dortmund sei das „schnelle Dortmund“.

Gucken wir uns diese Frage an mit der Vermarktung unserer Büroimmobilien, dann geht das jetzt in ein zehnjähriges Jubiläum. Ohne Vorwurf gesagt, sie stoßen es ja jetzt an. Herr Lürwer hat es auf dem Tisch und bald gehen wir das an.

Ich will nur sagen es ist eine Illustration dafür, wie lange hier Prozesse dauern, zu lang! Wie viele Anläufe wollten wir denn eigentlich noch unternehmen um unsere Ämterlandschaft in der Innenstadt neu zu organisieren und uns von teuren Immobilien und ihrem Bestand zu trennen? Es war 2001, als Herr Langemeyer mit dem Verkauf des Gesundheitsamtes und des Sozialamts ein - wie er sagte - „Investitionsfeuerwerk“ zünden wollte. Ziel war: Wir wollten die Verwaltung von damals 29 auf 13 Standorte konzentrieren. Sparziel: Etwa 2 Mio Euro. Tatsache: Noch immer sind die Beschäftigten der Stadt in 27 Gebäuden der Innenstadt verteilt und das kostet! Das Sozialamt und das Gesundheitsamt sind in den gleichen Immobilien untergebracht wie vor 10 Jahren! Ich sage jetzt nicht: In „Schrottimobilien“. Das ist möglicherweise preisdämpfend.

Gut, dass Herr Lürwer nun bald ein Konzept vorlegen wird, an welchen Standorten Ämter zusammenzuführen sind und wann und wie die Stadt sich von welchen Gebäuden trennen will. 10 Jahre zuwarten und abwarten sind nicht nur genug, es ist zu lang! Und das Thema „Dortberghaus“ habe ich noch nicht einmal erwähnt. Auch da sollte Tempo rein, da sollte Intelligenz und Konsequenz rein und natürlich politischer Gestaltungswille.

Noch einmal das Thema: Wir müssen zielklarer und wir müssen schneller werden! Und wir müssen ganz, ganz schnell unsere offenkundigen Steuerungsdefizite, die wir haben, abbauen. Nehmen wir das Thema Personal und Personalaufwandsreduktion, Herr Oberbürgermeister, da haben wir ja ein bisschen Streit. Der Rat hat dazu im letzten Jahr einen klaren Beschluss gefasst. Und seither zanken wir uns um den Grad der Umsetzung und der zutreffenden Interpretation des Beschlusses. Und natürlich über das, was tatsächlich leistbar ist.

Feststellen müssen wir: Der breit und partizipativ angelegte Reorganisationsprozess „Neo“ kommt so richtig nicht voran. Er ist zu langsam, bindet zu viele Kräfte und produziert in der Regel sogar Personalmehrbedarfe. Ich habe mir sagen lassen, weiß nicht, ob das Beispiel stimmt, aber: Wenn es stimmen sollte, sollte es uns zu denken geben:

Die Integration „Stadtgrün“ in die Sport- und Freizeitbetriebe hat insgesamt 3 Jahre in Anspruch genommen. 42 Sitzungen! 7 Leute saßen da immer rum, immer einen mindestens halben Arbeitstag. Ich denke, das kann und das muss schneller gehen. Und der Personalaufwand, wohlwollend betrachtet, stagniert allenfalls. Ob die Personalbudgets zutreffend ausgestattet sind, auch das ist zweifelhaft. Die zahlreichen Mehrbedarfsvorlagen jetzt gerade aktuell zum Jahresende deuten darauf hin. Und der Streit zwischen Politik und Personaldezernent produziert derweil Schlagzeilen wie: „OB will beim Personal nicht weiter sparen“ oder als Aussage des Personalrats: „Ungeheuerliche Sparvorgabe“. Das suggeriert, die Politik habe eine gänzlich unrealistische, geradezu unanständig hohe Erwartungshaltung formuliert.

Zur Erinnerung, es war diese Verwaltung, die noch zu Zeiten von Frau Uthemann eine prozentuale Einsparvorgabe von immerhin 2,5 Prozent pro Jahr als realistisch und als machbar ausgegeben hatte. Erst die Revision dieses Zieles im letzten Jahr auf 1,5 Prozent hat die Intervention des Rates ausgelöst. Und wir wollen nicht behaupten, dass nicht an einigen wichtigen Stellen der Verwaltung personeller Mangel herrscht, der abgestellt werden muss.

Sicher ist das so. Der pauschale Anwurf allerdings, von seit Jahren anhaltendem unerträglichem Personalabbau, der ist nicht zu belegen. Im Gegenteil, der „Laden“ wächst weiter. Die Beschäftigtenzahlen ausweislich des Geschäftsberichtes des Personalrats – also: Die Quelle ist ja nun wirklich unverdächtig: September 2010: 10416 Beschäftigte Oktober 2011, also ein Jahr später: 10658!

Macht einen Unterschied von 242 Mitarbeitern mehr. Ob die alle an den richtigen Stellen, sitzen habe ich nicht behauptet. Aber, dass der „Laden“ kleiner wird und wir Personal abbauen, das sich refinanziert oder Hauptsache finanziert, das ist nicht das wichtigste. Aber zu sagen, dass wir ständig einschneiden und ständig die Kurve nach unten gehen, dass ist so nicht belegbar. Und angesichts ambitionierter Konsolidierungsziele - Entschuldung ab 2014/2015, Herr Stüdemann - und den Vorgaben des Rates und den Erwartungen der Aufsichtsbehörde ist das eigentlich nicht zu verstehen und nicht akzeptabel.

Ich möchte daran erinnern: Im September 2010 schreibt Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und uns der Regierungspräsident im Rahmen des Genehmigungsschreibens des Haushalts 2010 auf Seite 6 folgende Zeilen, adressiert an Sie: „In Ihrem Schreiben vom....usw., haben Sie zur Höhe der Personalaufwendungen mitgeteilt, dass Sie nach der aktuellen Prognose im laufenden Jahr mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auskommen werden. Ich erwarte, dass Sie Ihre Prognose für 2010 einhalten werden. Im Einzelnen gehen Sie von einer altersbedingten jährlichen Fluktuation von 1,2 bis 1,5 Prozent aus, zuzüglich 1,3 sonstiger Fluktuation. Während die Planung für die Personalaufwendungen in 2011 nur geringe Senkungen vorsehen, wird für 2012 von Einsparungen im Umfang von lediglich 1,8 Prozent gegenüber 2010 ausgegangen.“ Und weiter sagt er: „Ich vertraue darauf, dass Sie das insgesamt aus ihren Erfahrungswerten nicht überzogen erscheinende Einsparziel auch erreichen bzw. übertreffen werden.“

2 Prozent? Unrealistische Ziele? Ich glaube, da müssen wir uns jetzt nicht mehr drüber streiten. Und Herr Oberbürgermeister, Sie haben da ein Wort gebracht in Ihrer Einführungsrede: „Träumereien“ haben Sie das genannt. Also: Wir reden hier von effektiv 0,2 Prozent, wenn der Regierungspräsident sagt, er fände es gut, wenn wir die 1,8 Prozent übertreffen würden! Und damit mal mit der Legende aufgeräumt wird, die böse CDU, die verbreite hier allein immer schlechte Laune mit ständiger Quengelei, schreibt der RP weiter auf, wie das nämlich gehen kann. Eigentlich fast schon die Quintessenz meiner Haushaltsrede vor einem Jahr und heute. Und eigentlich könnte ich mit diesem Zitat aufhören.

Ich darf noch mal zitieren mit Ihrer Erlaubnis, Herr Oberbürgermeister. „Da heißt es in Ihrem Schreiben vom 13.09.2010, dass Sie derzeit daran arbeiten, Ihre Personal- und Organisationsentwicklung zu überarbeiten. Zum Zwecke einer höheren Verbindlichkeit sollen Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsziele festgehalten werden, die eine funktions- und bedarfsgerechte Personalausstattung widerspiegeln. Interne Stellenbesetzungen müssen Vorrang vor Neueinstellungen haben, wo dies fachgerecht möglich ist. Die Stadt, sollte nur bedarfsgerecht ausbilden. Sie sollten nach Konsolidierungsmöglichkeiten auch im Rahmen einer Aufgaben- und Produktkritik sowie durch einen vertretbaren Standardabbau suchen. Ich bitte über Ihre diesbezüglichen Aktivitäten um einen Bericht entsprechend der Nebenbestimmung 2i und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie darin auch über den Stand des von Ihnen geplanten Ausbaus der Kooperationen mit den umliegenden Städten und Gemeinden informieren würden“.

Also im Grunde genommen ist das ein Gesamtprogramm, wie es gehen kann und sollte. Jetzt müssen wir es nur noch machen. Und zum Personalstand und Personalbestand und zu den Zahlen, Herr Oberbürgermeister. Die Angebote, uns das immer zu erklären und zu erläutern, auch durch Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das ist sehr freundlich. Aber die Politik erwartet eigentlich nicht die Erklärung bzw. feinsinnige Erläuterung stagnierender Zahlen. Wir wollen einfach nur, dass die Zahlen besser werden.

Und sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, jetzt vielleicht etwas persönlich, das Folgende sage ich nicht mit Häme oder gar anklagend, sondern lediglich feststellend und mit der Bitte, das mal zu überlegen: Es wird niemand außer Frage stellen, dass das Amt eines Oberbürgermeisters einer Großstadt vom Format Dortmunds, mit hoher Komplexität der Aufgaben ausgestattet, einen hohen persönlich belastenden Aufwand erfordert.

Verwaltungssteuerung, eine Unzahl terminlicher Verpflichtungen, gepaart mit der Verantwortung des Aufsichtsratsvorsitzes in wichtigen und großen städtischen Beteiligungen und dazu dann die Doppelfunktion als Personal- und Organisationsdezernent - das kann doch auf Dauer nicht den Erfolg bringen, den wir und insbesondere Sie sich wünschen!

Das produziert doch eigentlich nur Konflikte. Konflikte mit der Politik und Konflikte mit der Belegschaft - auf beiden Seiten „des Tresens“. Und die schlechte Stimmung, die war doch bei der Personalversammlung der letzten Tage förmlich greifbar. Auf beiden Seiten – bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern, also schlechte Laune! Aber kann das ausbleiben, wenn man als Personaldezernent mit Sparzwängen gegenüber der Kernverwaltung agieren muss, als Sanierer sozusagen? Und gleichzeitig im eigenen Bereich des Stadtmats 1 allein 2010 einen Stellenaufwuchs von 40 Prozent vertreten muss. Nein, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das kann nicht gut gehen! Dieser Rat hat noch unlängst mit Mehrheit dem wesentlich kleineren Laden, der EDG, nämlich rund 1200 Mitarbeiter, einen eigenen Arbeitsdirektor analog DSW und DEW bewilligt. Selbst „Arbeiterführer“ Rettstadt, der sich neulich ja im Ausschuss geoutet hat als Sozialliberaler, hat da genickt. Ernst, da wächst Dir plötzlich ein neuer Partner heran! Wenn bei diesen Kameraden das Komma wieder mal einen nach rechts gerutscht ist ...

Dieser Rat hat ungerührt der EDG einen Arbeitsdirektor konzidiert und zugebilligt! Und genau dieser Rat sieht seit Jahren nunmehr ungerührt zu, wie die Dezernatsaufgaben der Führung und des organisatorischen Umbaus eines riesigen Personalkörpers von über 10 000 Beschäftigten gleichsam in „Teilzeitarbeit“ und zwangsläufig bestenfalls mit einer „Halbzeitstelle“ wahrgenommen werden kann? Das kann auf Dauer nicht richtig sein und: Das kann auf Dauer auch nicht erfolgreich sein!

Anderes Thema - wo wir gerade die EDG erwähnt haben: Das Endlosthema „Reinigung aus einer Hand“. Auch wieder ein Thema aus der Schublade „schneller werden“!

Auch ein Paradebeispiel für schon mehrfach angesprochene Fragen:

- Wirtschaftlichkeit des Handelns für die Bürger erhöhen, bevor man Steuern anhebt!
- Professionalität erhöhen durch Kooperation mit Dritten, auch eigenen Töchtern!
- Arbeit aus dem System herausbringen!
- Strukturen verschlanken, Mehrfachstrukturen zurückbauen!
- Steuerungsdefizite erkennen und abbauen und:
- das „Lebenstempo“ in der Verwaltung erhöhen bei der Abarbeitung von Vorgaben und Aufträgen des Rates.

Das wird ganz wichtig sein. Wenn wir reformfähig bleiben und überkommene Strukturen modernisieren wollen, dann können wir dabei auf strukturkonservative Bedenkensträger und ewige „Bremser“ keine Rücksicht nehmen. Und wie gesagt, da bietet der Verlauf der Diskussion um den Prüfauftrag des Rates ein geradezu klassisches Paradigma, wie Vieles, zu Vieles, hier in Dortmund läuft. Oder besser nicht mehr laufen sollte.

Stichwort „Reinigung aus einer Hand“:

Wenn ich diese Historie jetzt herunterdekliniere, was seit 2005 in verschiedenen Zwischenschritten so alles (nicht) passiert ist, klaut das nur wieder Zeit. Also: Es dauert 5 Jahre lang, bis da erstmal ein bisschen was passiert. Und im Dezember 2010 wird die Verwaltung im Zuge einer kosteneffizienten Neuorganisation der städtischen Grünpflege erneut aufgefordert: Wir wollen die Ämter 52/5 und 66/7 zusammenlegen. Die sollen jetzt in Gespräche mit der EDG eintreten. Seit 2005 geht das schon. Über 2006, 2007 und so mehrere Etappen - nichts passiert!

Die Erwartung: Wir wollen Zwischenberichte im zweiten Quartal 2011. Und: Wir wollen eine Abschätzung der haushaltswirksamen Effekte zur Einbringung des Etats 2012. Und wir müssen feststellen:

In nunmehr 6 Jahren (!) ist in diesem Thema nichts Entscheidendes geschehen. Hier ist bewusst „auf Zeit“ gespielt worden und es gibt ganz offenbar massive Kräfte, die gezielt dagegen arbeiten. Den Beleg liefert eine unsägliche Kampagne eines Verdi-Sekretärs, die nicht intern abgestimmt war und auch nichts anderes bringt, als die Mitarbeiter zu verunsichern. Und es war sehr wohlthuend von der Spitze der Verdi-Organisation, hier in Dortmund, hierzu mal eine ganz deutliche Klarstellung zu hören. Was belegt, dass man mit diesen Leuten wirklich vernünftig reden kann. Sie vertreten naturgemäß Arbeitnehmerinteressen. Aber: Sie tun das in seriöser Weise und: Man kann mit denen diskutieren. Mit dem speziellen Herrn, den ich hier meine, wird man da allerdings wahrscheinlich nicht viel weiter kommen. Und, Herr Sierau, das muss ich Ihnen allerdings auch sagen: Vom Chef nicht nur dieser Verwaltung, sondern eigentlich vom Chef des Konzern Stadt Dortmund, hätte ich eine deutlich andere Reaktion erwarten müssen, als sich bei einer Protestaktion dieses „Herrn von Verdi“ so ein albernes T-Shirt überstreifen zu lassen mit der lachhaften Aufschrift „Wir lassen uns nicht privatisieren“ o.ä.

Also: Die EDG, durchgerechnet eine hundertprozentige Tochter der Stadt, ein „volkseigener Betrieb“ durch und durch - ich will jetzt aber auch mal was Nettes sagen - mit modernem Personalmanagement, mit Arbeitsdirektor, mit guten Arbeitsplatzbedingungen, mit Kündigungsschutz und sozialen Leistungen - wird als „Heuschrecke“ dargestellt? Das ist doch lachhaft. Da hätte meines Erachtens der „Konzernchef“ Sierau sagen sollen und sagen müssen:

„Liebe Freunde,
Blutdruck runter, Tempo hoch! Ich will nicht immer nur Meinungen hören“, hätten Sie sagen können, „ich will jetzt endlich mal Fakten sehen“.

So, und da fängt es ja dann schon an: Das „tolle“ Argument, die Gemeindeprüfungsanstalt habe schon vor Jahren testiert, der Laden sei bereits optimiert, besser könne es gar nicht laufen? Haben wir gehört, aber ich frage: Auf welcher Basis wollen die das denn festgestellt haben? Denn: Belastbare Kosten- und Leistungsdaten, die eine Vergleichbarkeit mit anderen Städten, eine Berechnung der Wirtschaftlichkeit ermöglichen würden, die gibt es ja ganz offensichtlich noch immer nicht - Beispiel für ein solches Steuerdefizit.

Und ich meine, da sollte der Chef jetzt mal energisch darauf drängen, dass hier jetzt mal Schwung in die Sache kommt! Wir sind eigentlich ganz froh, dass Herr Lürwer die Sache jetzt anpackt und hoffentlich zu einem guten und für alle Beteiligten zufriedenstellenden Ergebnis bringen wird.

So ein ähnlich langatmiges Procedere wollen wir bei dem „Kanalthema“ nicht. Das Thema heißt „Optimierung des Betriebs Kanalnetz“. Der Gründung eines Eigenbetriebs stimmen wir zu - unter Bedingungen: Eine bloße Neukonstruktion zum Zwecke der Bilanzverlängerung, eine reine Anhebung des Kreditrahmens meine ich, springt zu kurz! Wir wollen die Prüfung, die objektive und zügige Prüfung verschiedener Modelle und Gestaltungsvarianten einer Optimierung des Betriebs und einer Verstetigung und bestenfalls Hebung des Investitionsgeschehens. Ausdrücklich unter verschiedenen Prämissen, die möglichst irrationale Widerstände vom Start an ausschließen.

Wir wollen Stabilität der Gebühren, in welcher Konstruktion auch immer.
Wir wollen Gebühren-Hoheit und Mehrheit bei der Stadt,
wir wollen stabile Erträge, wünschenswert sogar mehr Erträge für den Haushalt.
Wir wollen den Verbleib des Personals bei der Stadt und:
Wir wollen die Besitzstandswahrung der Arbeitnehmer.

Unsere Anträge drücken das ja hinreichend aus. Und selbstverständlich, ich sag dies jetzt mal in Richtung des Sozialdemokraten Ernst Prüsse, sollte und kann im Rahmen einer vergleichenden Betrachtung neben dem von uns angesprochenen Modell und dem „Modell Eigenbetrieb“ alleine natürlich auch vielleicht eine Verbandslösung untersucht werden. Und wenn die drei Sachen alle nebeneinander stehen in ihren finanzwirtschaftlichen Auswirkungen, dann wäre das gut.

Fakten müssen jetzt her und es muss jetzt mal endlich an dem Thema intensiv gearbeitet werden. Das wäre unsere Bitte und Erwartung. Und das alles in einem zeitlichen Rahmen, der gewährleistet, dass wir alle, und wir sehen ja alle noch ganz rüstig aus, das auch noch erleben!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, der Haushaltsplan 2012 enthält Risiken. Und wir haben nicht geringe Unsicherheiten. Das Gesamtbild löst keine Jubelarien aus, aber das Delta zu dieser ominösen „5 - Prozenthürde“ scheint hinreichend zu sein.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei gilt unser Dank - Herr Stüdemann, wenn Sie das bitte vermitteln könnten. Die haben wieder einmal harte, schnelle, präzise und engagierte Arbeit abgeliefert.

Einen Haushalt der „gemeinsamen Verantwortung“, wie anfangs gesagt, wird es leider wieder nicht geben können. Wir als CDU-Fraktion stimmen dem Haushalt zu. Die Abarbeitung unserer Anträge zu diesem „Haushalt der Bewährung“, so wollen wir ihn nennen, wird entscheidend sein.

Unsere Erwartungen habe ich formuliert. Von der Berücksichtigung unserer Erwartung und den Ergebnissen wird es abhängen, ob wir am Ende des kommenden Jahres, beim Etat 2013, erneut wieder als „Bewährungshelfer“ zur Verfügung stehen.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit.